

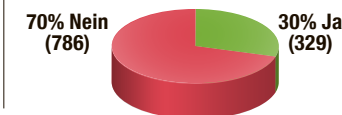
Frage des Tages

Befürworten Sie die Strom-Initiative der Baselbieter Grünen?

Ab 2030 soll der Kanton Baselland mindestens zu 80 Prozent mit erneuerbarem Strom versorgt werden. www.baz.ch

Das Ergebnis der Frage von gestern:

Tragen B&B-Betriebe zur Wohnungsnot in Basel bei?



«Es wird ziemlich aufgebauscht»

Gemeinderat Martin Rüegg (SP) zum Drogenhandel auf dem Pausenplatz der Sekundarschule Gelterkinden

Von Yanik Freudiger

BaZ: Herr Rüegg, wann haben Sie, als für die Schulen verantwortlicher Gemeinderat, zum ersten Mal von der Drogen-Geschichte an der Sek gehört?

Martin Rüegg: Als ich am Freitag die *Volksstimme* gelesen habe.

Was waren Ihre ersten Gedanken beim Lesen?

Wissen Sie, es kommt wellenartig. Es ist nicht das erste Mal, dass sich unsere oder eine andere Schulen mit dieser Thematik beschäftigt. Und nun kommt eben wieder so eine Welle. Was mich allerdings erschreckt hat, sind die sehr jungen Menschen, die darin involviert sind. Das gibt mir zu denken.

Wie erklären Sie es sich, dass 13-Jährige offenbar mit harten Drogen dealen?

Für mich könnte die räumliche Nähe zur Primarschule eine Erklärung sein, warum bereits 13-Jährige betroffen sind. Das ist natürlich Spekulation. Man müsste der Sache näher auf den Grund gehen.

Landesweit wurde über die Zustände in Gelterkinden berichtet. Wie beurteilen Sie die Situation?

Es wird ziemlich aufgebauscht. Das Team von *Telebasel* hat mir gesagt, das Thema eigne sich zum Füllen des Sommerlochs. Ich bin aber nicht ganz unglücklich, dass wir nun wieder einmal über die Thematik diskutieren. Nächsten Montag fängt die Schule wieder an. Es kommen neue Kinder an die Schule. Die Eltern sind besorgt. Ich hoffe, dass die aktuelle Berichterstattung die Menschen wieder ein bisschen wachrüttelt, dass mit den Kindern über den Umgang mit Drogen gesprochen wird. Das heisst nicht, dass man sie jetzt permanent mit dem Auto zur Schule und zurück fährt. Prävention sollte im Privaten wie an der Schule im Vordergrund stehen: Welche Gefahren gehen von Hanf, Alkohol und härterem Stoff aus?

Sie verantworten das Schulwesen in Gelterkinden. Welche Massnahmen wurden getroffen, um den Missständen ein Ende zu setzen?



Gespräche führen. Landrat und Gemeinderat Martin Rüegg setzt auf den Dialog mit den Betroffenen. Die Situation werde sich wieder beruhigen. Foto Yanik Freudiger

Alle zuständigen Instanzen bemühen sich um eine Verbesserung der Situation. Wir leben jedoch nicht in einer Gesellschaft, in der man dieses Problem einfach per Knopfdruck abstellen kann. Da braucht es Gespräche – und zwar nicht nur mit den Betroffenen, sondern auch mit den Eltern. Es wird eine Weile dauern, bis die Aufregung wieder abflacht und andere Geschichten die Schlagzeilen dominieren.

Dann wird an der Sek Gelterkinden wieder Ruhe einkehren.

Hatten Sie bereits Kontakt mit der Schulleitung?

Bis jetzt war das leider aus verschiedenen Gründen nicht möglich.

Bereits im Frühling 2017 waren die Probleme an der Schule bekannt. blieb die Schulleitung zu lange tatenlos?

Die Schulleitung hat korrekt gehandelt und schon früh Anstrengungen

unternommen, um das Problem in den Griff zu bekommen. So wurde beispielsweise mit der Schulsozialarbeit und der Polizei intensiv zusammengearbeitet. Wir werden nun im Gemeinderat und im Schulrat analysieren, ob die bisherigen Massnahmen genügen oder ob weitere in Betracht gezogen werden sollten.

In den letzten Tagen musste man den Eindruck gewinnen, dass der Pausenhof

«Man kann dieses Problem nicht einfach per Knopfdruck abstellen.»

der Sek Gelterkinden einem Drogenumschlagplatz gleicht. Wie wollen Sie den Ruf der Schule wiederherstellen?

Die erwähnten Massnahmen durchsetzen und den Job professionell erledigen. Wichtig ist, dass zweigleisig gefahren wird: Einerseits mit repressiven Mitteln, andererseits mit der Bereitschaft zum Gespräch. Wenn die Schülerinnen und Schüler wissen, dass Polizei und Jugendanwaltschaft ein Auge auf ihre Schule haben, läutet bei den meisten hoffentlich ein Glückchen. Das Ganze ist kein Kasperltheater mehr, es gilt ernst. Mit Betroffenen muss der Kontakt gesucht werden, das ist zentral für mich. Ich bin überzeugt, dass sich auf diese Weise die Situation mit der Zeit normalisiert.

Warum nicht hart durchgreifen und Schulausschlüsse aussprechen?

Das kann temporär eine Lösung sein. Aber schlussendlich handelt es sich um ein gesamtgesellschaftliches Problem: Wenn jemand aufgrund von Drogenkonsum obdachlos wird, betrifft mich das auch als Steuerzahler. Man kann nicht generell Schulausschlüsse verfügen – zack! – und das Problem ist gelöst. Man muss jeden Fall einzeln beurteilen.

Sind die Vorfälle an der Sek Hofmatt in Gelterkinden aus Ihrer Sicht aussergewöhnlich oder ein generelles Phäno-

men, das sich auch andernorts finden lässt?

Drogen sind an jeder Schule regelmässig ein Thema. Die Auseinandersetzung mit Rauschmitteln gehört zum Alterwerden dazu – die jungen Menschen loten ihre Grenzen aus. Bei diesem Prozess wirken Verbote besonders anziehend. Da gehört Alkohol- und Zigarettenkonsum dazu, da gehört Cannabis dazu, da gehören Pornos dazu. Das habe ich gemacht, das haben Sie wahrscheinlich auch gemacht. Die Frage stellt sich nach dem Ausmass. Findet der Jugendliche einen vernünftigen Umgang, das richtige Mass? Geniesst man ein Glas oder eine Flasche Rotwein? Sobald der Konsum die persönliche Entwicklung hemmt oder zu strafrechtlich relevanten Handlungen führt, wird es problematisch.

Bereits 13-Jährige sollen gedealt haben

Gelterkinden. Die *Volksstimme* hat publik gemacht, dass die Sekundarschule Gelterkinden ein ernstes Problem mit Drogen hat. So sollen bereits 13-jährige Schüler mit Drogen dealen. Die Geschichte hat in der ganzen Schweiz hohe Wellen geschlagen. Die Medien berichteten ausführlich. Wie die *Volksstimme* schreibt, sei die Polizei schon vor vier Monaten über Drogenvorfälle informiert worden. Bei regelmässigen Kontrollen soll es zu Beschlagnahmen und Hausdurchsuchungen gekommen sein. Über die Art der konfiszierten Drogen wollte die Polizei keine Auskunft geben. Die Jugendanwaltschaft wurde ebenfalls beigezogen und hat mehrere Massnahmen getroffen. Schulleitung und Polizei bestätigen die Informationen gegenüber der *Volksstimme*. Aufgeflogen sei der Drogenkonsum, weil die Lehrpersonen bei den betroffenen Schülern einen Leistungsabfall bemerkten: Diese zeigten keine Motivation mehr, waren geistig abwesend, schrieben schlechte Noten. yf

Baselland vor neuer Atomabstimmung

Die Strom-Initiative kommt vors Volk – Landratskommission empfiehlt Nein

Von Thomas Dähler

Liestal. Vor sechs Jahren war sie eingereicht worden, nun wird sie Anfang nächsten Jahres doch noch zur Abstimmung kommen: die Initiative «Für sicheren und sauberen Strom – 100 Prozent Zukunft ohne Atomkraft». Gestern hat die Umweltschutz- und Energiekommission die Strom-Initiative der Grünen verabschiedet. Sie beantragt dem Landrat, die Nein-Parole zu beschliessen.

Wettbewerb würde verzerrt

Die von den Grünen eingereichte Initiative verlangt, dass das Baselbiet ab 2030 mindestens zu 80 Prozent mit Strom aus erneuerbaren Energien ver-

sorgt wird. Für die Baselbieter Elektrizitätsversorger würde eine Annahme der Initiative zu einer Wettbewerbsverzerrung im nationalen und internationalen Umfeld führen.

Die Strom-Initiative ist rechtlich umstritten, greift sie doch in die auf Bundesebene geregelte Stromversorgung ein. Zwar entspricht die Zielsetzung der Initiative auch der Energiestrategie des Bundes, die inzwischen von Volk und Ständen beschlossen wurde. Doch ist offen, ob der Kanton Baselland die Initiative nach einer Annahme auch im Sinne der Initianten umsetzen könnte. Der Rechtsdienst des Regierungsrats plädierte seinerzeit dafür, die Initiative für gültig zu erklären, seien doch die rechtlichen

Rahmenbedingungen im Jahr 2030 schwierig vorauszusagen. Der Landrat folgte dieser Empfehlung.

Baselbieter Ja zum Atomausstieg

Die Behandlung der Initiative wurde seinerzeit bis zum Entscheid über das neue Baselbieter Energiegesetz unterbrochen. Nachdem der Landrat das Energiegesetz im vergangenen Jahr verabschiedet hatte, nahm die Umweltschutz- und Energiekommission die Beratung wieder auf. Die Grünen bekräftigten, dass sie an der Initiative festhalten wollen. Sie begründen dies vor allem mit dem Abstimmungsausgang der Atomausstiegs-Initiative. Diese wurde zwar letzten November von Volk und Ständen verworfen, im Baselbiet resultierte aber eine hauchdünne Ja-Mehrheit von 50,5 Prozent. Dessen ungeachtet empfiehlt die Umweltschutz- und Energiekommission dem Landrat mit sieben zu vier Stimmen bei einer Enthaltung, die Nein-Parole zu beschliessen. Der Landrat dürfte diesen Entscheid bestätigen. Die Volksabstimmung findet voraussichtlich im kommenden März statt.

Umstritten war in der landrätlichen Kommission, ob der Initiative ein Gegenvorschlag gegenübergestellt werden soll. Der eingebrachte Gegenvorschlag hätte es den Elektrizitätsversorgern freigestellt, auf welche Weise sie sicherstellen, dass 80 Prozent des Stroms aus erneuerbarer Energie stammt. Die Kommission lehnte es jedoch mit Stichtentscheid des Präsidenten ab, eine rechtliche Prüfung des Gegenvorschlags in Auftrag zu geben.

Einkaufstourismus bleibt trotz schwächerem Franken stark

Unmittelbar lässt sich noch kein Rückgang feststellen

Basel. Erstmals seit der Aufhebung der Euro-Mindestgrenze kostet ein Euro 1.15 Franken. Sollte der Franken auf diesem Stand bleiben oder gar weiter sinken, besteht Hoffnung, dass der Einkaufstourismus nach Deutschland in Zukunft wieder abnimmt. Noch ist es aber nicht so weit.

Der Einkaufstourismus befinde sich auf einem enorm hohen Niveau, sagt der Direktor des Gewerbeverbands Basel-Stadt, Gabriel Barell. Steige der Eurokurs weiter, könnte es durchaus eine leichte Abschwächung geben. Allerdings dürfe man keine allzu grosse Wirkung erwarten. «Ob der Kurs bei 1.15 oder 1.10 Franken liegt, ändert die Situation ja noch nicht grundlegend. Gemessen an der Kaufkraftparität müsste der Kurs effektiv über 1.30 Franken liegen.» Wichtig für den Detailhandel und das Gewerbe werde weiterhin sein, die eigenen Stärken auszuspielen: die Vielfalt, die Qualität, die kurzen Wege und die Kundenbindung.

Coop plant keine Preisanpassung

Beim Hauptsitz von Coop in Basel nimmt man den aktuellen Eurokurs zwar erfreut zur Kenntnis. Doch auch Sprecher Urs Meier warnt vor zu viel Euphorie: «Die Frankenabwertung führt kurz- bis mittelfristig sicher nicht zu einer Abnahme des Einkaufstourismus.» Bei Coop sind derzeit auch keine Wechselkursbedingten Preisänderungen geplant. Man will die Entwicklung aber aufmerksam beobachten.

Als grenznahes Shoppingcenter war das Stückli sehr stark von der Franken-

stärke betroffen. Wie sieht die Situation jetzt aus? Die Besucherfrequenz liegt mit über 1,265 Millionen Menschen in den ersten sieben Monaten dieses Jahres zwar knapp über dem Vorjahreswert. Doch wäre es jetzt verfrüht, eine Trendwende zu deklarieren, sagt Christian Mutschler, Leiter Management Stücker-Areal. Auch aufgrund der noch andauernden Sommerferien. ale

ANZEIGE

Sinfonieorchester Basel ▶ Goetheanum

I V O R L Ä D T E I N

MI, 16. AUG. '17
19.30 UHR

EINTRITT FREI

Goetheanum-Bühne



Schneller ohne AKW-Strom? Die Strom-Initiative verlangt für den Kanton Baselland einen rascheren Ausstieg aus der Atomkraft. Foto Keystone